

Tote klagen an... : Brauner Terror in der Bundesrepublik

Autor(en): **Hartmann, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **60 (1981)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339720>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tote klagen an...

Brauner Terror in der Bundesrepublik

13 Prozent der Bundesbürger wurden kürzlich in einer Studie, welche im Auftrag der Bundesregierung gemacht wurde, als rechtsradikal eingestuft. Die Ermordung des schweizerischen Grenzwachgefreiten Josef Arnold und des Kantonspolizisten Walter Wehrli durch den deutschen Rechtsradikalen Frank Schubert hat die Schweizer Öffentlichkeit kurz aufgeschreckt. Viele Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und anderswo haben immer wieder warnend auf die Gefahren des Neofaschismus hingewiesen. Horst Hartmann deckt im folgenden Artikel Hintergründe auf und zeigt, wo die geistigen Propagandisten politisch zu Hause sind.

Untergrundzirkel, die bislang vorwiegend durch Hakenkreuzschmierereien und Schlägereien auffielen, haben sich nach dem Vorbild der linksradikalen RAF durch Bankeinbrüche und Waffendiebstähle die Voraussetzungen für Terroranschläge verschafft.

Im Fall Frank Schubert drängt sich die Frage auf, ob die beiden Schweizer nicht noch am Leben sein könnten, wenn die deutschen Behörden ihm rechtzeitig das Handwerk gelegt hätten. Immerhin ist Schubert im Jahr 1980 fünfmal festgenommen worden. In Frankfurt verprügelte er mit Gesinnungsgegnossen Passanten; in Paris lief er mit Totenkopf und Hakenkreuz am Helm und in Kampfjacke durch die Strassen, und in einem deutschen Polizeibericht war ausdrücklich vermerkt, dass Schubert brutal und rücksichtslos von Waffen Gebrauch macht. Nach seinem Freitod stellte der Aargauer Polizeikommandant Leon Bohrer fest: «Der Täter hat das Combatschiessen durch und durch beherrscht.» Die blutigen Ereignisse an der Schweizer

Grenze haben nicht zuletzt deshalb Aufsehen erregt, weil Schubert einer bis dahin in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannten «Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands – Partei der Arbeit» (VSBD) angehörte.

Zum Judenmord aufgerufen

Vorsitzender dieser obskuren Organisation ist das langjährige NPD-Mitglied Friedhelm Busse, bekannt geworden durch einen Bombenanschlag auf die sowjetische Botschaft in Bonn. Busse gewann Schubert für seine Ideen: «Ich habe an die Zukunft dieses sympathischen Jungen geglaubt.» Busses Anhänger veranstalteten 1975 einen Parteitag in München, auf dem sie beschlossen, «dem Untergang unserer Nation» entgegenzutreten und die «Freiheit mit allen erfolversprechenden Mitteln» zu verteidigen. Jahrelang konnte die BusseBande in Frankfurt in Uniform mit Helmen, Koppel, Khakihemden und ausgerüstet mit Gaspistolen und Schlagringen die Bürger einschüchtern und ausländische Kinder verprügeln. Sie

verteilten überdies üble Hetzblätter, in denen sie zum Judenmord aufforderten.

Viele Politiker verharmlosten die Gefahr

Nun konnte man in den vergangenen Jahren von Politikern häufig die beruhigenden Erklärungen hören, es handle sich bei den Rechtsradikalen um eine verschwindend kleine Minderheit, von der keine Gefahr ausginge. Das Gegenteil war richtig. Die Schlägertrupps üben auf Gleichaltrige eine wachsende Anziehungskraft aus, die nicht nur auf eine Sehnsucht nach fragwürdigen Abenteuern, eine falsch verstandene Kameradschaft und die Möglichkeit zurückzuführen ist, vorhandene Aggressionen abbauen zu können, wie das bei Demonstrationen und Grossveranstaltungen häufig beobachtet werden kann.

Der Frankfurter Sozialwissenschaftler Klaus Sochatzky hat in einer Untersuchung nachgewiesen, dass die neuen Nazis starken Zulauf bekommen. Danach sind zehn Prozent der von ihm befragten Jugendlichen für extremistische Parolen «in starkem Masse» anfällig, 25 Prozent



MAI-FEIER 1903



sogar in «überwiegendem Umfang». Sochatzky kommt zu der Auffassung, dass die «offizielle Haltung des Zuwartens auf das biologisch-matische Verschwinden des Rechtsradikalismus nicht mehr zu verantworten ist». Anders ausgedrückt: Jene jungen Nazis, die das Dritte Reich nicht selbst erlitten, lassen sich rascher rekrutieren, als die unverbesserlichen alten Nazis das Zeitliche segnen.

Bückeburg blieb ohne Signalwirkung

Wie sehr sich die Szene in kurzer Zeit gewandelt hat, zeigte sich bereits im September 1979 im Bückeburger Werwolf-Prozess gegen sechs Rechtsextremisten unter dem berühmten Rädelsführer Michael Kühnen, einem ehemaligen Bundeswehrleutnant. Als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung wurden die Angeklagten für schuldig befunden, Soldaten überfallen und beraubt zu haben. Bei einem dieser Überfälle auf niederländische Soldaten auf dem Nato-Übungsplatz in Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide konnten

Waffen in erheblichem Umfang erbeutet werden. Spätestens die Umstände dieses Prozesses hätten die Politiker alarmieren müssen. Nachdem sich die Anwälte, darunter NPD-Aktivisten, in Soltau zu einer Lagebesprechung trafen, verlegte der Strafsenat das Verfahren aus Sicherheitsgründen von Celle nach Bückeburg, wo Helikopter, Polizisten mit Maschinenpistolen, Kameras und Stacheldrahtsperrern nach Stammheimer Muster eventuell geplante Befreiungsversuche verhindern sollten. Diese Vorsichtsmaßnahmen wirkten verständlich, wenn man bedenkt, dass den Angeklagten die Planung von Mord- und Sprengstoffanschlägen sowie die Vorbereitung eines Rechtsputsches in der Bundesrepublik zur Last gelegt wurden. Obwohl es sich um die bis dahin schwersten Beschuldigungen gegenüber dem rechten Untergrund handelte, nahm kein Prozessbeobachter des niedersächsischen Justizministeriums an den Verhandlungen teil. Für die CDU-Landesregierung stellte sich offenbar das Problem Rechtsradikalismus nicht.

Anschläge waren Gesprächsstoff

Die Rechtsanwälte erwiesen sich in diesem Prozess ihrer Mandaten würdig. Ihre braunen Tiraden waren nicht zu übertreffen. Gegen einen Verteidiger, Peter Stöckicht, der als NPD-Mitglied früher dem baden-württembergischen Landtag angehörte, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Er lehnte einen der Richter mit der Begründung ab, es handle sich um ein Mitglied der SPD, jener Partei, der «frühere Agenten Moskaus und Landesverräter»

wie Willy Brandt und Herbert Wehner angehören. Derartige Unverschämtheiten stehen übrigens in Prozessen gegen KZ-Mörder auf der Tagesordnung.

Ein Angeklagter erklärte in Bückeburg, er sei durch «nationalsozialistische Offiziere der Bundeswehr» auf den rechten Weg gebracht worden. Die Verteidiger versuchten übrigens, die Angeklagten mit dem entlarvenden Hinweis zu entlasten, Planungen von Anschlägen stellten in diesen Kreisen den üblichen Gesprächsstoff dar. Querverbindungen zu anderen Nazizirkeln kamen immer wieder zur Sprache, und dabei wurde auch die Wehrsportgruppe Hoffmann erwähnt, deren Stärke die Bundesanwaltschaft zu diesem Zeitpunkt auf 800 Mann schätzte.

Juristische Ermittlungen gegen Hoffmann's Privarmee fanden bereits 1976 statt, als der Bundeswehrgefreite Dieter Epplen einen Sprengstoffanschlag gegen den US-Soldatensender AFN plante. Die Bombe zündete aber zu früh, und der Attentäter wurde schwer verletzt. Epplen war Mitglied dieser 1973 gegründeten paramilitärischen Organisation, die erst im Januar 1980 von Bundesinnenminister Gerhart Baum verboten wurde. Aber dieses Verbot kam zu spät, um weiteres Unheil zu verhindern, wie das Attentat von München im September vergangenen Jahres zeigte. Der Freistaat Bayern, in dem Hoffmann seine Kriegsspiele fast ausschließlich veranstaltete, hätte viel früher auf ein Verbot drängen müssen.

Wer war Gundolf Köhler?

Die enge Verbindung zwischen Hoffmann und dem Attentäter von München, Gun-

dolf Köhler, dessen Oktoberfest-Bombe elf Menschen das Leben kostete, ist weltweit als Beweis für die Gefahr des Neofaschismus verstanden worden. Die Verbindung zwischen Attentäter und Hoffmann wurde zwar von letzterem bestritten, was jedoch eine blossе Schutzbehauptung darstellte. Tatsächlich war der Geologiestudent Köhler Mitglied der Truppe, nahm zweimal an Wehrübungen teil und wollte in Tübingen eine Zelle gründen. Bis heute blieb übrigens umstritten, ob Köhler ein Einzeltäter war, oder ob er nicht Helfershelfer gehabt haben muss, was für einige Experten völlig ausser Zweifel steht.

Da Zeugen des Attentats unmittelbar vor der Explosion Leuchtraketen gesehen haben, erscheint die Wahrscheinlichkeit für diese Auffassung gross. Es ist sogar möglich, dass Köhler von seinen Hintermännern absichtlich mit in die Luft gesprengt worden ist, um spätere belastende Aussagen vor Gericht zu verhindern. Die These vom angeblichen Einzeltäter bleibt jedenfalls bis zur noch ausstehenden endgültigen Klärung reine Spekulation. An der moralischen Mitschuld des selbsternannten Majors Hoffmann besteht allerdings kein Zweifel.

Beschämend bleibt die Tatsache, dass dieser Landsknechtstyp jahrelang mit seinem wilden Haufen militärische Übungen veranstalten konnte, obwohl sich bereits 1974 die erste parlamentarische Anfrage mit dem bärtigen Schildermaler in Oberfranken beschäftigte und zahlreiche Zeitungsberichte im In- und Ausland, Illustriertenberichte sowie Fernsehsendungen Hoffmann als Symbolfigur der neuen Rechten bezeichneten.

Abgesehen vom Freundeskreis der Wehrsportgruppe, von dem bislang nur kleine Geschäftsleute und Handwerksmeister namentlich bekannt geworden sind, finanzierte Hoffmann seinen wilden Haufen durch den Verkauf ehemaliger Jeeps und Motorräder aus Bundeswehrbeständen an die terroristische Palästinensische Befreiungsfront (PLO) im Libanon. Obwohl die Tiraden des notorischen Grossmauls politisch nicht von Bedeutung waren, konnte an seiner gefährlichen Rolle als Rattenfänger für leichtgläubige Jugendliche nie ein Zweifel bestehen. 1975 stand Hoffmann wegen Tragens verbotener Uniformen zum ersten Mal vor Gericht. 1977 wurde er zu einer Geldstrafe von 8000 Mark verurteilt, die sein Gönner – der neofaschistische Zeitungsverleger Frey – für ihn bezahlte. 1979 brachte es Hoffmann zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, die grosszügig zur Bewährung auf vier Jahre ausgesetzt wurde. Auch im März 1980 wurde es – nach dem Verbot seiner Organisation – noch nicht ernst für ihn, als er siebeneinhalb Monate Freiheitsstrafe wegen schwerem Landfriedensbruch erhielt, ihm aber erneut Bewährung erteilt wurde. Hatte dieser verspätete SS-Führer Schutzengel bei der Justiz?

Wehrsportgruppe vor Bundesverwaltungsgericht

Gundolf Köhler hatte bei Hoffmann gelernt, für den «Sieg der Bewegung» gegen «Bolschewismus und Kapital» zu kämpfen. Schliesslich hatte ihm sein Führer immer wieder eingetrichtert, nur eine «Diktatur, die den richtigen Mann an der Spitze hat», kann «für das Volk alles

tun». Im Revisionsverfahren gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann vor dem Berliner Bundesverwaltungsgericht kam es zur erwarteten Bestätigung des Verbots durch das Bundesinnenministerium.

Das Gericht wies nach, dass es sich um eine gegen die verfassungsmässige Ordnung gerichtete Organisation handle, denn Hoffmann lehne jegliche demokratische Ordnung ab.

Für ein totalitäres System seien die Mitglieder nicht nur militärisch ausgebildet, sondern auch nachhaltig ideologischer und politischer Beeinflussung unterworfen worden. Zu diesem Zeitpunkt erhielt die Wehrsportgruppe übrigens noch immer Spenden durch den Freundeskreis, da in der Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums keine Ausführungen über die Beschlagnahme des Vereinsvermögens enthalten waren. Das stellte zumindest eine grobe Fahrlässigkeit dar, wenn man bedenkt, dass für Hoffmann die Bundesrepublik als «von feindlichen Mächten beherrschtes und zerstückeltes Land» dargestellt wird. Und die Tatsache,



dass Hoffmanns Hetzschriften von 1979 bis Anfang 1980 in der Bundesrepublik frei verkauft werden durften, zeigt, wie wenig die verantwortlichen Behörden an einer konsequenten Bekämpfung neonazistischer Gruppen interessiert waren, obwohl Hoffmann's Privarmee konspirativ tätig war und in seinem Besitz Pläne über Anschläge gegen öffentliche Gebäude gefunden wurden.

Andere marschieren weiter

Gegenwärtig bestehen in Westdeutschland etwa 25 ähnliche paramilitärische Gruppen, von denen einige durch ehemalige Anhänger Hoffmanns aufgebaut worden sind. Ob nun das Attentat von München einen Wendepunkt in der Bekämpfung des Rechtsradikalismus gebracht hat, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, obwohl das Jahr 1980 insgesamt von zahlreichen Gewalttaten gekennzeichnet war. Im Ausländerlager Zirndorf bei Nürnberg erfolgte eine Explosion. Ein Sprengstoffanschlag richtete sich gegen eine Asylunterkunft in Lörrach, bei der eine Frau schwer verletzt wurde und beim Brandanschlag auf

ein Hamburger Ausländerwohnheim verbrannten zwei vietnamesische Flüchtlinge. Musste es wirklich erst so weit kommen?

Blinde Unionsparteien

Politiker der CDU/CSU haben jahrelang die Gefahren von rechts ignoriert, und da immerhin fünf von elf Bundesländern von der Union regiert werden, darf man sich nicht wundern, wenn bei den ermittelnden Behörden Unsicherheiten auftauchen, ob und in welchem Umfang den Gefahren von rechts zu begegnen war. Und überzeugte Anhänger der Union im Verwaltungsapparat dürften sich an die Beruhigungsspielen ihrer Politiker so weit gewöhnt haben, dass sie absichtlich auf dem rechten Auge nichts mehr wahrnahmen. Bonn ist schliesslich weit, und die Bundesrepublik huldigt dem Prinzip des Föderalismus.

Nun wäre es selbstverständlich unfair, jemandem Vorwürfe für Ereignisse zu machen, die erst hinterher eintraten. Aber lange bevor sich der braune Untergrund organisierte, stritten Sozialdemokraten und Christdemokraten immer wieder über die Gefahren von rechts. Die SPD warnte und warnte, die CDU wiegelte ab. Bedenklich für die Zukunft erscheint das Verhalten der CSU nach dem Attentat von München.

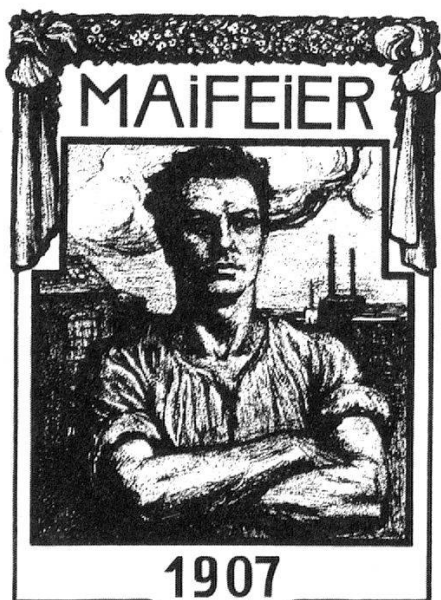
Die Springerpresse propagierte eifrig die These vom Einzeltäter Köhler, und seine politische Herkunft trat in der Berichterstattung wohlweislich immer mehr in den Hintergrund. Das passte dem bayerischen Innenminister Gerold Tandler ins Konzept. Obwohl die nach dem Bombenanschlag verhafteten sechs Anhänger der Wehrsportgruppe Hoffmann nur

wegen mangelnden Beweismaterials freigelassen werden mussten, nahm das Tandler zum Anlass, um das Ergebnis der Ermittlungen vorwegzunehmen und von einem Einzeltäter zu sprechen.

Flexibler Franz Josef Strauss

Sein Herr und Meister, Franz Josef Strauss, versuchte zunächst, als die Urheberschaft von München noch nicht feststand, mit einer Erklärung die Bonner Koalition anzugreifen, schliesslich witterte er einen Wahlkampfschlager: «Es muss auch ein Ende haben mit der Zerstörung der unverzichtbaren Werte, die die Grundlage unserer Rechts- und Lebensordnung sind.» Gemeint war die SPD/FDP-Koalition. Damit begann ein heftiger, wenn auch kurzer Generalangriff gegen Bundesinnenminister Baum, dem sich die gesamte Union anschloss. Doch da Strauss bei den Bundestagswahlen sein Waterloo erlebte und als Kanzlerkandidat bald darauf abtrat, wurden die Attacken gegen Baum, der schon 1979 auf die Gefahren von rechts hingewiesen hatte, abgeblasen.

Als feststand, dass ein Rechtsradikaler für das Attentat von München verantwortlich war, schaltete Strauss rasch um und erklärte: «Wir haben vor einer solchen Entwicklung jahrelang gewarnt.» Wirklich? Noch im März 1980 hatte der bayerische Warner sich gegenüber dem französischen Journalisten Bernard Volker belustigt gezeigt, dass um den «Kasper» Hoffmann soviel Aufhebens gemacht wird. Und Straussens Gesinnungsfreund in der hessischen CDU, Alfred Dregger, hatte im August erklärt: «Der Rechtsextremismus hat weiter verloren. Die



politische Bedeutung des Linksextremismus ist dagegen erheblich gewachsen.» Derartige wahrheitswidrigen Beschwichtigungsversuche lassen sich rückwirkend auch im Jahr 1979 feststellen.

Sichtbare politische Linien

Kein anderer als Franz Josef Strauss liefert dafür entsprechende Beispiele. Nun sollte man gerade für das entscheidende Jahr 1980 einmal die Zahlen sprechen lassen. Die neuen Faschisten begingen 1483 Straftaten, davon 117 mit Gewaltanwendungen. Das waren wesentlich mehr Delikte als jemals zuvor innerhalb eines Jahres. Auch die beträchtlichen Mengen an gefundenem Sprengstoff, Handgranaten, automatischen Waffen, Gewehren, Handfeuerwaffen und Munition konnten die Ignoranten in der Union nicht überzeugen. Die politischen Verbindungslinien zwischen CDU/CSU und den Landesämtern für Verfassungsschutz wurden in diesem Zusammenhang deutlich. Jahrelang darauf programmiert, Gewalttätigkeit nur bei Linkskreisen zu entdecken, wundert sich niemand über einen Verfassungsschutzbericht, in dem es für das Jahr 1980 hiess, ein «deutliches Nachlassen der Aktivitäten einiger neonazistischer Gruppen» wäre erkennbar. Im Sommer 1980 hiess es noch, diese Tendenz habe sich im laufenden Jahr fortgesetzt.

Sozialdemokraten diffamiert

Blättert man noch weiter in den Annalen zurück, etwa bis zum Jahr 1977, als Willy Brandt den Bundeskanzler Helmut Schmidt über den Rechtsextremismus informierte, so stösst man auf ge-

hässige Polemiken. Der Unionsabgeordnete Willy Weiskirch sprach von «törichten Neonazismusäusserungen», der Abgeordnete Hugo Klein unterstellte, Brandt wolle die «mit dem Kommunismus sympathisierenden und kooperierenden Kräfte in seiner eigenen Partei» stützen. Die CSU-Gazette «Bayernkurier» giftete im Goebbels-Jargon: «Wieder einmal erweist sich Brandt als verlässlicher Anwalt sowjetischer Westpolitik, selbstverständlich zum Schaden für Deutschland.»

Derartig demagogische Unterstellungen sind keine Seltenheit. In ihrer Mischung aus Agitation und Unwahrheiten gleichen die Angriffe der CDU/CSU jenen der NPD wie ein Ei dem anderen. Diese Uneinsichtigkeit der politischen Rechten widerlegt die immer wieder zu hörende Erklärung, Bonn wäre nicht Weimar, die zweite deutsche Republik gefestigter als die erste. Dabei lassen sich die Diffamierungen der Deutschenationalen aus der Zeit vor 1933 mühelos auf dem rechten Flügel der Union wiedererkennen. Und es dürfte auch kein Zufall sein, dass jener rechtsradikale Eiferer Manfred Roeder, über dessen Tätigkeit jahrelang in der Tagespresse berichtet wurde, ursprünglich Mitglied der CDU war.

Der ehemalige Anwalt war erst nach monatelangem Zögern aus der Anwaltskammer ausgeschlossen worden, nach mehreren Prozessen schliesslich untergetaucht, bevor er verhaftet werden konnte. Im Untergrund litt Roeder keine Not. Im Zeitraum von 15 Monaten überwies ihm seine Gefolgschaft 173 000 Mark auf ein Schweizer Konto. Alte Kämpfer halten zusammen! Nun kann man den jungen



Nazis von heute zwar politischen Fanatismus vorwerfen, Brutalität und Zerstörungswut, nur sollte niemand politische Primitivität mit Dummheit gleichsetzen. Die Neonazis haben längst gemerkt, dass ihnen allzu lange immer wieder bescheinigt wurde, es gäbe sie gar nicht. Und wenn, wären sie wesentlich harmloser als die Terroristen von links.

Antikommunismus als falsches Alibi

Derartige Verharmlosungsstrategien müssen bei dem Geltungsbedürfnis der Desperados dazu herausfordern, genau das Gegenteil zu beweisen und um jeden Preis in die Schlagzeilen zu geraten. Selbst eine seriöse konservative Zeitung wie die «Frankfurter Allgemeine» argumentierte ernsthaft, bei dem Attentäter von München hätten sich «ausländische Geheimdienste» womöglich «des irregeleiteten Täters als Auslöser bedient», ohne dies belegen zu können. Angesichts solcher Äusserungen über eine offensichtlich nicht zu bewältigende Gegenwart muss man an der demokratischen Zukunft der Bundesrepublik zu zweifeln beginnen.

Strauss hat ja bereits eine ähnliche Theorie geliefert, die haargenau in das Weltbild aller eingefleischten Antikommunisten passt, eine Theorie, die alle Vorurteile jener bestätigt, die in Angriffen auf die Sowjetunion eine nachträgliche Rechtfertigung für den NS-Staat sehen. Der Retter Deutschlands aus dem Süden wusste bereits drei Tage nach dem Münchner Attentat, dass «zwei Dutzend Mitglieder einer rechtsradikalen Splittergruppe aus der DDR kommen». Die Tatsache, das einzelne Aktivisten im braunen Untergrund als Flüchtlinge aus der DDR stammten, verfälschte Strauss zu einem Komplott der DDR gegen die BRD. Strauss sah finstere Machenschaften, die dazu dienen, vom Linksterror abzulenken, die Bundesrepublik in der Welt zu diffamieren und die CDU/CSU mit dem Rechtsradikalismus in Verbindung zu bringen. Der Prototyp des hässlichen Deutschen hat seine Agententheorie mehrfach wiederholt, blieb aber bis heute jeden Beweis für deren Richtigkeit schuldig.

Wirtschaftsmisere fördert den Radikalismus

Die allgemeine wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist nicht dazu angetan, dem Extremismus von links oder rechts das Wasser abzugraben, wie in den Jahren der Hochkonjunktur. Je hoffnungsloser der heranwachsenden Jugend die eigene Lage erscheint, desto stärker wächst die Versuchung, sich nicht mit blossen Protesten zufriedenzugeben, sondern auf Gewalt zu setzen. Die schwerfällige Reaktion des bürokratischen Staatsapparates, der häufig erst Massnahmen ergreift, wenn die

Fensterscheiben klirren, scheint den Anhängern der Gewalt sogar rechtzugeben. Gleichzeitig mit den Triumphen gewalttätiger Demonstranten von links und von rechts wachsen die berechtigten oder nur eingebildeten Ängste jenes Kleinbürgertums, das 1933 Hitler vertraute.

Es wäre denkbar, dass der Ruf nach dem starken Mann rascher ertönt, als viele Optimisten es heute noch für möglich halten. Schliesslich sind breite Schichten für eine neofaschistische Propaganda anfällig. Ein nicht unerheblicher Teil dürfte die CDU deshalb wählen, weil dort die Garantie für jene Zucht und Ordnung zu bestehen scheint, die nur durch einen Abbau an demokratischen Grundrechten herzustellen ist. Das ausgesprochen konservative Kleinbürgertum zeigt sich immer anfälliger gegenüber rechten Parolen, die eine Ausweisung von Gastarbeitern verlangen und für die die Türken einen Ersatz für die ausgerotteten Juden darstellen.

Wo bleibt die Einheitsfront der Demokraten?

Die gegenwärtige Gefahr des Rechtsradikalismus wäre rasch zu bannen, wenn die drei Bundestagsparteien ungeachtet aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkt zusammenarbeiten würden. Sozialdemokratische Politiker haben seit vielen Jahren immer wieder vor einem Aufkommen des Nazismus gewarnt. Aber konservative Kräfte verharmlosten diese Gefahr. Und mancher Unionsanhänger dürfte angesichts uniformierter rechtsradikaler Jugendlicher von nostalgischen Gefühlen



Mai=Feier 1912

heimgesucht worden sein und sich an seine Jugendjahre im Braunhemd erinnert haben. Im privaten Bereich mag die Verklärung der eigenen Vergangenheit verständlich erscheinen, in der Politik erweist sie sich als verhängnisvoll.

Die lange Zeit zu beobachtende Milde der Justiz dürfte ihre Grenzen gefunden haben. Als Hoffnungsschimmer darf das Urteil des Oberlandesgerichts in Celle gelten, das im Februar den Rädelsführer einer neonazistischen Organisation, Paul Otte, wegen Sprengstoffanschlägen ohne viel Federlesens zu fünf Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilte. Das Pikante an dem Prozess war nur, dass diese Gruppe von einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gegründet worden war.

Nazipropagandisten im Staatsdienst

An der stillschweigenden Duldung von neuen und alten Nazis wird es aber weiterhin nicht fehlen, vor allem nicht in Bayern. In Leonie am Starnberger See existiert seit Jahrzehnten der Druffel-Verlag, in dem vorzugsweise Me-

moiren von NS-Größen veröffentlicht werden und der unlängst die Memoiren des Massenmörders Adolf Eichmann ankündigte. In diesem Buch hat Eichmann angeblich alle früheren Erklärungen widerrufen, die er vor seiner Hinrichtung in Israel zu Protokoll gab. Seiner würdig

erweist sich auch Studiendirektor Hans Jürgen Witzsch in Nürnberg, nebenbei CSU-Stadtrat in Fürth. Die Ursache des Zweiten Weltkrieges führt er auf englische Kriegshetze gegenüber dem friedlichen Hitlerstaat zurück, und die Ermordung von Juden bezeichnet er als böse Propa-

ganda. Seinen Schülern redet er ein, die Gaskammern seien erst nach Kriegsende gebaut worden. Solange derartige Nazipropagandisten im Staatsdienst tätig sein dürfen, wirkt jeder Prozess gegen kaum volljährige Opfer solcher Propaganda wie übler Zynismus...

Klaus Matthiesen

Solidarität ist keine Einbahnstrasse

Zerreissprobe auch in der norddeutschen SPD. Der Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, Klaus Matthiesen, wird sich 1983 kein drittes Mal mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung stellen. Grund: der Kampf um das Atomkraftwerk Brokdorf. Im folgenden schildert er die Beweggründe für seinen Entschluss.

Ich habe immer zu denen gehört, die Bundesregierung und Bundeskanzler in Schutz genommen haben vor einer Kritik, die ihre Politik lediglich mit dem Massstab des Wünschbaren beurteilt, ohne Verständnis für die Schwierigkeiten, dass Wünschbares erst politisch möglich gemacht werden muss. Ich habe in Schleswig-Holstein um Verständnis dafür geworben, wenn politische Beschlüsse in Bonn auch ökonomischen, aussenpolitischen oder koalitionspolitischen Zwängen unterlegen waren.

Ich war und bleibe ein Verfechter des verantwortlichen Kompromisses. Der Bau von Brokdorf ist keiner. In der Politik muss man vorsichtig umgehen mit moralischen Wertungen.

Aber es muss in der Politik noch möglich sein, für sich selbst die Marken festzulegen, an denen man zu bestimmten Entwicklungen

nein sagen können muss – und es auch tut.

Ich hoffe, dass es noch Nachdenklichkeit erzeugen kann, sich selbst und seine politisch-persönlichen Ziele in Sachentscheidungen einzubringen. Ich habe in bezug auf Brokdorf keine taktische Drohgebärde bezogen. Nach meiner Meinung wäre sie auch wirkungslos gewesen. Aber meine Erklärung, 1983 nicht wieder Spitzenkandidat der SPD sein zu wollen, mag doch ein Zeichen setzen.

Erstes Signal für uns alle, auf dem nächsten Bundesparteitag 1982 eine Mehrheit für den Ausstieg aus dem sonst zu erwartenden massiven Einstieg in die Kerntechnologie zu gewinnen und damit 1983 als einheitliche Partei in den Landtagswahlkampf zu gehen. Ich will durch meine Entscheidung mithelfen, dass die Sozialdemokraten im ganzen Bundesgebiet sich der mit Brokdorf verbundenen

Frage nach unserem energiepolitischen Weg stellen und sich die Bundesregierung, Bundeskanzler, der Parteivorstand mit der Frage beschäftigen müssen, welchen Weg wir gehen sollen und können, was wir uns und der Gesellschaft aufbürden dürfen und was nicht. Die Partei ist gefordert, diese Debatte zu führen, wenn der Berliner Konsens (Kohle – statt Atomkraft zu fördern. Die Red.) durch praktisches Handeln aufgekündigt wird.

Positionen müssen bezogen werden, auch mit dem Ziel, dass Sozialdemokraten die für unsere Industriegesellschaft überlebensnotwendige Neuorientierung unserer Politik vornehmen – weg von Zerstörungsmentalität und Verschwendungswirtschaft, hin zu einer bewahrenden Gleichgewichtswirtschaft.

Meine Entscheidung, mich nicht mehr für eine Spitzenkandidatur zur Verfügung zu stellen, hat auch persönliche Gründe: Ich will und kann nach der Art und Weise, wie die Bundesregierung über bundeseigene Unternehmen mit der Landesregierung zusammengearbeitet hat bzw. zusammenarbeiten will, obwohl sie wusste, welche Bedeutung Brokdorf für uns schleswig-holsteinische Sozialdemokraten und ganz besonders für mich hat, auch persönliche Konsequenzen ziehen, schon allein aus Selbstachtung.